

Landesvorsitzende Lilli Lenz

Zum Jahresstart 2019

Liebe Leserin, lieber Leser,

2019

ich weiß nicht, wie es Ihnen geht, aber in meiner Wahrnehmung ist das letzte Jahr in bemerkenswert rasantem Tempo abgelaufen. Der hohe Takt erforderte einen durchgängig konzentrierten sowie beherrzten Einsatz in allen Bereichen, sei es nun im Dienst, im Ehrenamt, in Gewerkschaftsfunktion oder auch privat. Da tat es sicherlich vielen gut, „zwischen den Jahren“ mal kurz zu verschlafen und auf das Geleistete sowie das Geschehene zurückzublicken. Das kann auch helfen beim Kraftsameln für das nun begonnene neue Jahr, das mit seinen Herausforderungen und Entwicklungen schon gehörig Fahrt aufgenommen hat.

Gestatten Sie mir, auf drei gewerkschaftspolitische Highlights des vergangenen Jahres zu schauen, bevor wir dann einen Bogen schlagen zum neuen Jahr.

➤ **Rückschau auf 2018**

Da war zunächst der gute Tarifabschluss für die Arbeitnehmer im öffentlichen Dienst bei Bund und Kommunen (TVöD) Mitte April 2018.

➤ **TVöD-Abschluss**

Durch Tabellenumbau und dreilineare Anpassungsschritte von 3,19 Prozent (1. März 2018), 3,09 Prozent (1. April 2019) und 1,06 Prozent

(1. März 2020) im Schnitt wird erreicht, dass die Entgeltbeträge im März 2020 um 7,5 Prozent über der alten Tabelle liegen werden. Es wurde erst spät richtig verhandelt: Nach anfänglicher, unverständlicher Verweigerungshaltung der Arbeitgeberseite brachten massive Warnstreikaktionen der Arbeitnehmerseite den nötigen Durchbruch. Ohne die entschiedene Haltung des dbb und seiner Mitglieder, unbedingt etwas von der guten Lage der öffentlichen Haushalte und der Gesamtwirtschaft abzubekommen, wäre das Verhandlungsergebnis nicht erreicht worden. Und seine Ausstrahlungswirkung hätte gefehlt.

➤ **„2 x 2 %“ außerordentliche Anpassung von Besoldung/Versorgung und TV-L-Übertragung**

Diese Wirkung hat es aber gebraucht, um – zusammen mit den jahrelang vorgetragenen Argumenten des dbb rheinland-pfalz – die Landesregierung endlich dazu zu bewegen, bei Besoldung und Versorgung der Landes-/Kommunalbeamten nachzulegen. Mitte 2018, als der Stadtstaat Berlin seine Besoldung anpasste, rutschte Rheinland-Pfalz im Bund-Länder-Besoldungsvergleich endgültig auf den skandalösen letzten Platz ab. Das TVöD-Ergebnis zeigte demgegenüber, was andere öffentliche Arbeit-

geber als faire, angemessene Bezahlung einstufen. Am 5. Juni 2018 dann der Paukenschlag: Die Landesregierung beschloss Leitlinien zur Anpassung von Besoldung und Versorgung 2019/2020 und verkündete, dass zum einen das 2019er-Tarifergebnis für den öffentlichen Landesdienst zeit- und systemgerecht auf die Beamten und Versorgungsempfänger bei Land und Kommunen übertragen wird wie im Koalitionsvertrag festgelegt. Zum anderen – und das ist der Clou – wird es jeweils zum 1. Juli 2019 und 2020 eine zusätzliche außerordentliche Linearanpassung in Höhe von je zwei Prozent auf Besoldung und Versorgung geben. Motiv der Landesregierung ist ausdrücklich, die Bezahlungshöhe im Bund-Länder-Vergleich in das verfestigte Mittelfeld zu heben. Zwei Jahre lang haben wir der Landesregierung in den Ohren gelegen, endlich die durch die unsägliche 1 %-Anpassungen 2012, 2013 und 2014 gerissenen Bezahlungslücken aufzufüllen, um Fachkräftesicherung und Nachwuchsgewinnung im öffentlichen Dienst zu sichern. Unser hartnäckiges Drängen auf Angleichungszahlungen wurde erhört. Jetzt muss sich zeigen, ob der Maßnahmenplan auch ausreicht, um den öffentlichen Dienst in Rheinland-Pfalz konkurrenzfähig zu halten. Ohne uns, ohne unseren stetigen Einsatz für Verbesserungen



➤ dbb Landesvorsitzende Lilli Lenz

und ohne unsere Mahnungen wäre es zu der bundesweit mit Blick auf die 2019er-Einkommensrunde aktuell bislang einzigartigen Ankündigung nicht gekommen. Nicht umsonst hat die Landesregierung bei der Begründung der Anpassungsleitlinien die Argumente des dbb rheinland-pfalz dafür nahezu komplett übernommen.

➤ **BVerfG-Urteil zum beamtenrechtlichen Streikverbot**

Komplett übernommen wurde auch die Argumentation des dbb gegen einen „Beamten light“ mit Streikrecht, und zwar vom Bundesverfassungsgericht. Mit seinem Mitte Juni 2018 veröffentlichten Urteil stellte das Bundesverfassungsgericht sehr deutlich klar, dass der Beamtenstatus nicht teilbar ist in Kern- und Randbeamte und dass das Streikverbot für Beamte auf der Grundlage des Grundgesetzes deshalb ungeschmälert fortbesteht. Das stärkt den Beamtenstatus als wichtige Grundlage für das Funktionieren staatlicher Verwaltung. Es ist ein starkes Signal für die sinnvolle und bewährte Unabhängigkeit der Amtsführung im gesamten öffentlichen Dienst, wie sie das

Grundgesetz vorsieht. Auch hier: Der dbb hat sich mit seinen sachlichen Argumenten und seiner starken Mitgliedschaft im Rücken überzeugend durchgesetzt. Wir sind eben eine erfolgreiche Interessenvertretung – auf allen Ebenen.

> **Ausblick 2019**

Daraus lässt sich gehöriger Rückenwind gewinnen für das laufende Jahr 2019. Das Jahr bringt auch viele Herausforderungen und Aufgaben mit sich, voraussichtlich auch nicht weniger schnell als 2018.

> **Einkommensrunde**

Erneut haben wir es mit Tarifverhandlungen zu tun, diesmal für die Arbeitnehmer des öffentlichen Landesdienstes (TV-L). In unserer „eigenen“ Tarifrunde wird wieder mit harten Bandagen gekämpft werden müssen, schließlich hängt vom Ergebnis viel ab in Rheinland-Pfalz: faire, angemessene Bezahlung für BEIDE Statusgruppen im öffentlichen Dienst, Stichwort: Tarifübernahme. Die am 20. Dezember 2018 von der Bundestarifkommission des dbb beschlossene, selbstbewusste Forderung „6 Prozent, mindestens 200 Euro“ zeigt, wie ernst es uns ist. Mit Blick darauf: Sollten die Landesarbeitgeber wie die Arbeit-

geberseite bei Bund und Kommunen im letzten Jahr in diesem Jahr auch das Mauern und Blockieren als Strategie für sich ausgewählt haben, dann kann ich nur sagen: Wir scheuen nicht vor Warnstreik- und Protestaktionen zurück. Auf Sie, liebe Leserinnen, liebe Leser, kann es dann ankommen, wenn uns die Arbeitgeberseite mal wieder „auf die Straße“ zwingt. Halten Sie also im Februar bitte die Augen offen für Informationen Ihrer Mitglieds-gewerkschaft bezüglich eventueller Demonstrationen. Zusammen werden wir unsere Forderungen bei Aktionen und Demonstrationen in Rheinland-Pfalz entschieden und stark unterstreichen, wenn die Arbeitgeberseite uns herausfordert.

Dabei sind wir dann auch auf Ihre Unterstützung angewiesen. Bloße Lippenbekenntnisse reichen nicht.

Im nächsten „durchblick“ werden Sie voraussichtlich nachlesen können, wie sich die Tarifrunde entwickelt hat und was begleitend dazu im Land gelaufen ist. Und dann werden wir genau hinschauen, ob die dargestellten Anpassungsleitlinien der Landesregierung wirklich dazu führen, dass Besoldung und Versorgung im Landes-/Kommunaldienst ein

ordentliches Stück nach oben rutschen im Bund-Länder-Vergleich. Ob dadurch die Nachwuchsgewinnung und Fachkräftesicherung dauerhaft gesichert werden können, werden wir genauso im Auge behalten müssen wie allgemein die Personalausstattung im öffentlichen Dienst in Rheinland-Pfalz.

> **Gewerkschaftstag**

Das wird sicherlich auch Thema sein beim Gewerkschaftstag 2019 des dbb rheinland-pfalz am 14./15. Mai 2019 in Mainz. Die Tagung steht unter dem Motto „dbb und öffentlicher Dienst: Engagiert! Kompetent! Unverzichtbar!“ Dieser Slogan ist sinnig, denn er fasst sehr schön zusammen, was ich hier besonders ausdrücken möchte: Der öffentliche Dienst in Rheinland-Pfalz ist Garant für die Daseinsvorsorge und das gedeihliche Zusammenleben aller Bürgerinnen und Bürger im Land. Sein Personal – also Sie, liebe Leserin, lieber Leser – macht tagtäglich rund um die Uhr einen super Job für das Gemeinwohl, auch wenn die Bedingungen zuweilen alles andere als rosig sind. Zur Durchsetzung Ihrer Interessen haben Sie uns an Ihrer Seite. Der dbb und seine Mitgliedsorganisationen in Rheinland-Pfalz professionalisieren sich

stetig im Dienst der Einzelmitgliedschaft und des Gemeinwohls. Unter unserem Dach sind wir eine bunte Familie aus Fachgewerkschaften und Verbänden mit hervorragender Expertise für alle Bereiche des öffentlichen Dienstes. Da heißt es nicht umsonst: Nähe ist unsere Stärke. Denn als Ehrenamtliche haben unsere Funktionsträgerinnen und Funktionsträger stets einen Finger am Puls der Einzelmitgliedschaft. Zusammen sind wir stark und können vieles bewegen.

> **Es gibt für uns alle viel zu tun**

Lassen Sie uns deshalb auch im neuen Jahr gemeinsam weiter energisch für unsere Ziele kämpfen. Für einen verlässlichen, zukunftsfesten und wertzuschätzenden öffentlichen Dienst.

Ich wünsche Ihnen und Ihren Familien zusammen mit der Landesleitung des dbb rheinland-pfalz ein gutes, erfolgreiches, friedliches Jahr 2019.

Ihre



Vorstand/Hauptvorstand

„Gespannt, ob „2 x 2 %“ aufgeht“

Gremien begrüßen Anpassungsleitlinien der Landesregierung für Besoldung und Versorgung

Die diesjährigen Herbstsitzungen von Vorstand und Hauptvorstand des dbb rheinland-pfalz haben am 27. November 2018 in Bingen stattgefunden. Neben einem Austausch zur aktuellen gewerkschaftspolitischen Lage ging es insbesondere um

- die Erreichung und dauerhafte Sicherstellung einer adäquaten Personalausstattung im öffentlichen Dienst in Rheinland-Pfalz,
- die Einordnung der mit den beschlossenen Leitlinien der Landesregierung zur Anpassung

von Besoldung und Versorgung im Landes- und Kommunaldienst 2019/2020 verbundenen, außerordentlichen „2 x 2 %“ jeweils ab Juli 2019 und 2020 sowie

- einen Ausblick auf die anstehende Tarifrunde der Länder

(TV-L) samt ebenfalls in den erwähnten Leitlinien beschlossener Übertragung auf Besoldung und Versorgung im Landes- und Kommunaldienst.

Zum ersten Punkt verabschiedete der Hauptvorstand des

dbb Jahrestagung 2019

Mehr Wertschätzung für den öffentlichen Dienst gefordert

Gelungener gewerkschaftspolitischer Auftakt in Köln



> dbb Bundesvorsitzender Ulrich Silberbach sowie Friedhelm Schäfer, zweiter Vorsitzender und Fachvorstand Beamtenpolitik (4. beziehungsweise 5. von links), mit einem Teil der rheinland-pfälzischen Teilnehmergruppe in Köln.

- 6 Prozent mehr Einkommen, mindestens 200 Euro (Laufzeit: 12 Monate),
- eine angemessene und zukunftsfähige Entgeltordnung für den TV-L,
- stufengleiche Höhergruppierung,
- Festbetrag für Auszubildende in Höhe von 100 Euro.

Auch für Beamte und Versorgungsempfänger in Rheinland-Pfalz hängt vom Ergebnis der Verhandlungen für die Landestarifbeschäftigten viel ab: Die Landesregierung hat festgelegt, dass das Verhandlungsergebnis gesetzlich zeitgleich und systemgerecht auf Besoldung und Versorgung übertragen wird. Das ist aus Sicht von Lilli Lenz zusammen mit den „2 x 2 %“ aus den Regierungsleitlinien zur Besoldungs- und Versorgungsanpassung 2019/2020 eine gute Sache, auch wenn dadurch allein Personalengpässe nicht sofort bereinigt werden können. „Wir wünschen uns für 2019 auch von den Bürgerinnen und Bürgern in Rheinland-Pfalz wieder mehr Wertschätzung für „ihren“ öffentlichen Dienst und sein Personal“, so die dbb Landesvorsitzende.

Detaillierte Berichte über die hochkarätig besetzte Tagung mit ihren Ansprüchen, Vorträgen und Diskussionen finden Sie im dbb magazin und im Internet unter www.dbb.de.

Die Jahrestagung 2020 ist avisiert für den 6. und 7. Januar 2020. ■

100 Jahre Frauenwahlrecht, 70 Jahre Grundgesetz, 30 Jahre friedliche Revolution: vereint in Einigkeit und Recht und Freiheit? Mit dieser globalen Fragestellung fand vom 6. bis 8. Januar 2019 die dbb Jahrestagung 2019 in Köln statt – natürlich bei Teilnahme von Ehrengästen sowie Vertreterinnen und Vertretern der Mitgliedsgewerkschaften aus Rheinland-Pfalz.

Sowohl dbb Bundeschef Ulrich Silberbach als auch die dbb Landesvorsitzende Lilli Lenz nutzten die Tagung, um auf die Lage im öffentlichen Dienst in Bund und Land hinzuweisen: Stetig zunehmende Aufgaben bei zu wenig Personal, das im „Kundenkontakt“ immer öfter sogar tätlich angegriffen wird.

Ulrich Silberbach forderte in seiner pointierten gewerkschaftspolitischen Ansprache folglich mehr Personal, verbesserte Nachwuchsgewinnung und verstärkte Fachkräftesicherung. Dazu müsse massiv in

den öffentlichen Dienst investiert werden. Die Beschäftigungsbedingungen im öffentlichen Dienst müssten deutlich verbessert werden, zum Beispiel auch und zügig durch verbesserte Bezahlung. Mit Blick auf die nahe Einkommensrunde der Länder sagte der dbb Bundesvorsitzende: „Wer die besten will, muss ihnen auch etwas bieten.“ Er unterstrich dadurch, dass der Staat auf allen Ebenen im Sinne höherer Konkurrenzfähigkeit als Arbeitgeber im Vergleich zur Privatwirtschaft dringend mehr tun müsse. Mit einem Einkommensplus beziehungsweise mehr Stellen sei es dabei nicht getan. Vielmehr brauche der öffentliche Dienst statusgruppenübergreifend auch flexible Arbeitszeitmodelle, individuelle Qualifizierungsangebote und verlässliche Karriereperspektiven.

Lilli Lenz sagte dazu ins SWR-Mikrofon, dass der öffentliche Dienst auch in Rheinland-Pfalz beim Nachwuchs viel mehr

Lust auf seine Berufswege machen müsse. Nur gute Leute brächten den Staat gut voran und machten einen öffentlichen Dienst aus, auf den Bürgerinnen und Bürger stolz sein könnten.

Demgegenüber nähmen aber derzeit Beleidigungen und Bedrohungen gegen öffentliches Personal leider zu. Der dbb fordert, dass der Staat sich verstärkt hinter sein betroffenes Personal stellt. Aus Sicht der dbb Landesvorsitzenden Lilli Lenz kann das bedeuten, dass „auch die kleinste Verfehlung zur Anzeige kommt und geahndet wird“. Der Bürger erwarte Respekt von den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes. „Wir erwarten das umgekehrt ganz genauso“, so die dbb Landeschefin.

Mit Blick auf die diesjährige Einkommensrunde stellte sie den Durchsetzungswillen des dbb heraus. Der dbb hat für die Ländertarifverhandlungen im Kern gefordert: